

# Haushaltsrede 2008 der UWG-Fraktion in Kirchlengern

gehalten am 14. April 2008 vom Fraktionssprecher Michael Schmale

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, verehrte Zuhörer!

Wie auch schon in den letzten Jahren, möchte ich mich zunächst für die Arbeit der Verwaltung bedanken, die mit der Aufstellung dieses Haushaltsbuches einen ausgeglichenen Haushalt präsentiert.

Besonderer Dank gilt dabei Herrn Wiesner, der uns in einer Präsentation die Zahlen und Fakten eindrücklich näher gebracht hat.

Einen Blick zurück ins Jahr 2007 möchte ich mir hier erlauben. Im letzten Jahr lag der Ansatz des Defizits bei 1,9 Millionen Euro. Wie schon im Jahr 2006 wird das geplante Defizit nicht erreicht. Voraussichtlich landen wir bei 1,5 Millionen Euro. Dass es immer noch 1,5 Millionen sind liegt an den Leistungen für Asylbewerber die 290.000 Euro betragen. Die Arbeitsmarktreform (Hartz IV) verschlechterte die finanzielle Situation der Gemeinde Kirchlengern um über 560.000 Euro. Der Solidarbeitrag in den „Fond deutsche Einheit“ schmälerte die Finanzen unserer Kommune um 400.000 Euro. Eine Verfügung des Regierungsbezirkes Detmold beteiligt Kirchlengern an der Krankenhausfinanzierung in NRW. Für förderfähige Investitionsmaßnahmen musste Kirchlengern ca. 187.000 Euro zahlen. Und nicht zuletzt die Mehrwertsteuererhöhung mit ca. 290.000 Euro. Ergibt in der Summe 1,727 Millionen Euro. Für die UWG bestätigt sich wieder einmal die Aussage, dass sich die Gemeinde Kirchlengern in einem kranken System befindet. Immer noch werden massiv Gelder aus Solidarbeiträgen fehlgeleitet, und die Verantwortlichen in den neuen Bundesländern dafür nicht zur Rechenschaft gezogen.

Zu erwähnen ist auch noch, dass die Arbeiten am Bahnhofsumfeld 38.000 Euro unter den veranschlagten Kosten geblieben sind. Damit stellt sich wieder mal eine großspurige Behauptung von Herrn Lüking in der Presse als Unwahrheit heraus. Dort hatte er behauptet das Bahnhofsumfeld würde 100.000 Euro teurer.

In diesem Jahr steht es mit den Finanzen der Gemeinde Kirchlengern nicht viel besser. Wieder wird ein hohes Defizit von 1,87 Millionen Euro prognostiziert. Der Grund ist eine von der großen Koalition im Bund beschlossene Unternehmensteuerreform. Zu den schon genann-

ten Kosten von 261.000 Euro für Asylbewerber, 512.000 Euro für den Fond deutsche Einheit, der Krankenhausinvestitionspauschale und der ca. 500.000 Euro der Arbeitsmarktreform (Hartz IV), muss Kirchlengern nun auch noch mit 1,9 Millionen weniger Gewerbesteuererinnahmen als im Jahr zu vor auskommen. Damit ist der Bundespolitik nach der Arbeitsmarktreform, der Mehrwertsteuererhöhung nun ein dritter verlustreicher Schlag gegen kleine Gemeinden wie Kirchlengern gelungen.

Ein Minus von 1,87 Millionen Euro, obwohl eine Konsolidierung von 316.000 Euro durch Einsparungen an Personalkosten, Musikschule, ÖPNV und bei den Kosten im Schulbetrieb stattfindet.

Ein Minus von 1,87 Millionen Euro, obwohl Erlöse durch Grundstücksverkäufe von 1,8 Millionen Euro erwartet werden.

Ein Minus von 1,87 Millionen Euro, obwohl in allen Sparten des Wirtschaftsbetriebes Gewinne im Erfolgsplan ausgewiesen werden, und erstmalig ein Rückgang der Gesamtschulden zu verzeichnen ist. Übrigens sind in allen Sparten eindeutig klare Kostenzuordnungen nachzuvollziehen. Warum das der Gemeindeverbandsvorsitzende der SPD laut Pressebericht nicht kann, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht hat aus den Reihen der SPD jemand erbarmen und klärt Herrn Tödtmann auf. Denn gerade der Wirtschaftsbetrieb Kirchlengern ist eben keine GmbH, wo der Politik jede Einflussmöglichkeit genommen wird, und deshalb kann man auch alle Vorhaben im Wirtschaftsplan nachlesen.

Bei einer Investition von 878.000 Euro in der Sparte Abwasserwerk, sind 474.000 Euro Kreditaufnahme nötig. Es kommt dabei zu keiner Nettoneuverschuldung.

Dazu investieren wir in die Zukunft, und zahlen als Vorsorgepauschale 374.000 Euro auf das Treuhandkonto für das Interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet Oberbehme. In Zukunft erwächst uns daraus eine zusätzliche Steuerkraft, die uns als Gemeinde hilft, notwendige Ausgaben zu bestreiten.

In der Sparte Verkehrsinfrastruktur sind für das Straßenausbauprogramm 247.000 Euro eingeplant. Das ist maßvoll, würde aber auch bei anderen Vorzeichen höher ausfallen.

Die UWG hat zum Haushalt den Antrag gestellt, die Summe von 240.000 Euro für eine Solaranlage aus dem Haushalt zu streichen. Und das obwohl jeder weiß, dass wir selber den Antrag zum Bau einer Solaranlage gestellt haben. Dennoch sind wir der festen Überzeugung, dass, nach den Erfolgen in Nachbarstädten- und Kommunen, (Stichwort: Bürgersolaranlage), für den Bau einer solchen Anlage keine Steuergelder nötig sind. Die Planungskosten von 30.000 Euro sollten für Statikberechnungen und Standortfindung vollkommen ausreichen. Die UWG wird sich im Frühsommer dafür einsetzen, dass eine Bürgersolaranlage auf den Weg gebracht wird. Alle Interessenten und Wegbereiter in dieser Angelegenheit sind herzlich Willkommen.

Ein Kunstrasenplatz oder eine Sporthalle sind bei der angespannten Finanzlage nicht zu schultern. Daher haben wir den Antrag gestellt, die im Haushalt eingestellte Summe von 600.000 Euro auf die Jahre 2010/2011 zu schieben. Damit ist zum einen sicher gestellt, dass Vereine nicht im Wahljahr Spielball der Politik werden, zum anderen aber auch die Aussage bekräftigt, dass dafür im Moment keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Auch an den Sportstätten wird der demographische Wandel nicht vorbei ziehen. Die Folgekosten einer Sportstätte die in der Anschaffung 600.000 Euro kostet, betragen pro Jahr weitere 70.000 Euro an Abschreibungen und Zinsen. Die Unterhaltung einer solchen Sportstätte bringt weitere Kosten mit sich. Die UWG möchte nicht, dass unsere Kinder den Übereifer der heutigen Politik später mit hohen Abgaben und Steuern teuer bezahlen. Immerhin beträgt der Zuschussbedarf für Sport 813.000 Euro pro Jahr. Das ist nach Schulen und Verkehr der dritthöchste Posten in der Gemeinde. Wir lassen uns den Sport in Kirchlengern schon einiges kosten.

Ein weiterer Antrag der UWG lautet, dass die Verpflichtungsermächtigung von 90.000 Euro in 2008 für den Bauhof gestrichen wird. Vor einer eingehenden Untersuchung von Struktur und Aufgaben des Bauhofes sehen wir keinen Handlungsbedarf in 2008. Für die Folgejahre bleiben die Ausweisungen im Finanzplan erhalten.

Für die Einwohner Kirchlengerns wird sich in diesem Jahr was die Abgaben betrifft nicht viel ändern. Die Grundsteuern werden nicht erhöht. Die Abwassergebühr wird nicht erhöht. Lediglich bei den Abfallgebühren gibt es eine Änderung, denn die Gebühren sinken zwischen

8,33% und 13,85% im Jahr 2008. Das ist die zweite Gebührensenkung nach 2007. Wann hat es das bis 1999 je gegeben!!!

Diese eben genannten Zahlen lassen ganz eindeutig Strukturen erkennen und grundsätzlich den Schluss zu, dass in Kirchlengern mit viel Übersicht und auch mit der notwendigen Vorsicht mit Steuergeldern umgegangen wird. Zumindest kann man das von den gestaltenden Fraktionen der CDU und der UWG behaupten.

Ginge es nämlich nach der Nase der Minderheitsfraktion, der SPD, gäbe es keine Erlöse in Höhe von 700.000 Euro für die ehemalige Förderschule in Klosterbauerschaft. Die SPD stimmte nicht für einen Verkauf an den jetzigen Investor. Ein Verkauf wäre ja auch gar nicht möglich gewesen, wollte man doch dort noch einen Grundschulbetrieb installieren. Mit der SPD hätte die Förderschule auch nicht nach Quernheim ziehen können, denn zu der notwendigen Schulschließung konnte sie kein „Ja“ finden. Auch nicht nach sieben Informationsveranstaltungen. Wenn dann noch Herr Lüking als einer der ersten in der Presse mit einem Erfolg in Sachen Seniorenheim auftritt, scheint hier ein völliger Realitätsverlust in Person vorzuliegen. Da scheint selbst eine eingestreute Lüge in deren Parteizeitung, in Sachen Gesprächsbereitschaft des Bürgermeisters mit der AWO, in den Hintergrund zu treten.

Ebenso verweigerten einige Sozialdemokraten die Zustimmung zum Baugebiet „Hinter der Zehntscheune“. Ein Bürgerpark wurde gewünscht, obwohl dieses Gelände zur Gegenfinanzierung des Rathauses seit Jahren eingeplant war. Damit würden auch hier Erlöse von rund 779.000 Euro nicht in die Gemeindekasse fließen.

Weiterhin stellte die SPD den maßlosen Antrag im Bau- und Straßenausschuss, Straßenbaumaßnahmen für ca. eine Million im Straßenausbauprogramm zu beschließen. Dabei war da noch nicht einmal der jetzt geforderte Rückbau der Elsestraße. Hier soll nach Meinung des Gemeindeverbandsvorsitzenden der SPD eine Straße im besten Zustand aufgerissen werden, andere Einwohner in Kirchlengern würden sich über den Zustand einer solchen Straße vor ihrer Haustüre freuen. Einmal ganz davon abgesehen, dass es vollkommen undurchdacht ist, eine Straße mit Linksabbiegerspuren für Gewerbegebiete und Straßenverkehrsamt zurück zu bauen. In jedem Fall aber ein Kostenfaktor in Millionenhöhe.

Nicht zuletzt wird eine Überplanung von ganz Südlengern und dem Ortskern Kirchlengern gefordert. Planungskosten würden entstehen, die vielleicht einige Investitionen in den nächsten Jahren verhindern würden. Außerdem haben die Ortskernplanungen der SPD in Kirchlengern bald „25-jähriges“. Denn so lange ist es her, dass der Ortskern in Kirchlengern überplant worden ist. Nur zur Durchführung ist es damals nicht gekommen.

Wenn dann noch Herr Tödtmann suggeriert, dass Einzelmaßnahmen nur zum Zwecke einer Wiederwahl des Bürgermeisters dienen, disqualifiziert er sich selber für ein „in Frage kommen“ in dieser Position. Wenn sich die Führung der SPD-Opposition ausschließlich auf Kosten der Steuerzahler profilieren will, sollte sie jedoch nicht den Bezug zu Realität und Wahrheit verlieren.

Als Höhepunkt stellen sich zwei SPD-Ratsmitglieder vor ein Grundstück und fordern den „ach so wichtigen Ankauf“, und treiben damit unnötig den Kaufpreis in die Höhe. Man könnte hierbei auf die Idee kommen, dass das Grundstück einem SPD-Mitglied oder einem Verwandten gehört. Zugleich aber wird der Verkauf von nicht benötigten Grundstücken und sich nicht rechnenden Gebäuden kritisiert, die man im Ausschuss selber beschlossen hat, oder zumindest die eigenen Genossen mit beschlossen haben. Warum denn wohl trennt man sich als Kommune von diesen Kostenfaktoren wie Instandhaltung und Steuern? Bestimmt nicht weil wir eine Bank für das viele Geld der Gemeinde Kirchlengern damit bauen wollen.

Bleibt nur zu hoffen, dass diese SPD-Fraktion als Schuldentreiber Nr.1 auch in den nächsten Jahren unter dieser jetzigen Führung in der verdienten Minderheit bleibt.

Der Stellenplan wird von der UWG genehmigt. Eine gut strukturierte Personalplanung, die von der CDU und der UWG seit 1999 mit einem Einstellungs-Stopp eingeläutet wurde, zeigt auch in diesem Jahr seine Wirkung. Trotz einer verdienten Erhöhung der Bezüge sinken die Personalkosten um über 50.000 Euro. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Führungskräften und Angestellten ist im Rathaus anzufinden.

Wenn die Sozialdemokraten den Stellenplan kritisieren stellt sich die Frage: Woher kommt der plötzliche Sinneswandel bei Häuptling Lüking, um in SPD Sprache zu sprechen? Wollte man vor einigen Jahren unbedingt eine weitere A14-Stelle ausweisen, darf es nun nicht mal mehr eine A13-Stelle sein. In den Jahren vor 1999 ist zudem der Verwaltungsapparat sehr

stark aufgebläht worden. Hier passt ein altes Indianersprichwort, das da lautet: Reite kein totes Pferd. Sie sollten aufhören auf Themen herumzureiten, bei denen sie sich offensichtlich nicht auskennen und Ihnen Fachkenntnis fehlt.

Die UWG stimmt dem vorliegenden Haushaltsbuch mit den von uns beantragten Änderungen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.